

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 9 15 20-0
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Detlev von Larcher MdB zum Parteienkompromiß zum Zuwanderungsproblem: Unfähig zur aufklärenden Gegenkampagne?

Seite 1

Dr. Albert Schmid MdL und Klaus Hahnzog MdL zu einer Initiative der bayerischen SPD-Landtagsfraktion: Den Kampf gegen den Rechtsextremismus offensiv führen.

Seite 3

Siegrun Klemmer MdB zu Streichung und Umwidmung von Mitteln des Umweltbundesamtes: Töpfer-Entscheidungen zu Lasten des Ostens.

Seite 4

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB zum EG-Gipfel in Edinburgh: Soziale und ökologische Dimension des Binnenmarktes gestalten.

Seite 5

Wilhelm Schmidt MdB zur aktuellen Situation in der Kinder- und Jugendpolitik: Viel Gerede, wenig Handeln.

Seite 6

47. Jahrgang / 236

8. Dezember 1992

Unfähig zur aufklärenden Gegenkampagne? Zum Parteienkompromiß zum Zuwanderungsproblem

Von Detlev von Larcher MdB

Wieso soll eigentlich der Parteienkompromiß zum Zuwanderungsproblem ein versöhnendes Signal sein? Wer soll sich mit wem versöhnen? Die Parteien miteinander?

In den Stellungnahmen von Wolfgang Schäuble ist es klar: damit sei eine Ursache der Fremdenfeindlichkeit und des Wachstums der rechtsextremistischen Entwicklung beseitigt. Also haben doch die Fremden an der Fremdenfeindlichkeit Schuld? Also hat die jahrelange Hetzkampagne der CDU gegen "Scheinasylanten" und "Asylmißbrauch" nichts mit dem Entstehen der fremdenfeindlichen Stimmung zu tun?

Wieso läßt unsere Partei- und Fraktionsführung diese Verkleisterung zu? Warum kein klares Wort gerade angesichts der Parteienvereinbarung von Björn Engholm und Hans Ulrich Klose? Müssen Sozialdemokraten so lieb sein, damit CDU und CSU mit uns diese Vereinbarung treffen? Haben wir die Zeitungsanzeigen und die Plakate der CDU und CSU schon vergessen? Oder können wir jetzt kein klares Wort sagen, weil wir nicht fähig waren rechtzeitig eine aufklärende Gegenkampagne zu fahren?

Haben wir zu der grotesken Verharmlosung der rechtsradikalen Szene durch Wolfgang Schäuble nichts zu sagen? Oder glauben wir etwa auch, daß mit dem Verschwinden der Asylbewerber auch die Rechtsradikalen verschwinden?

Die hunderttausende Demonstranten der letzten Tage wissen es besser: gegen Ausländerhaß und Gewalt muß man aufstehen und etwas tun.

Die Demokraten verteidigen die Republik, sie sagen - nicht der Parteienkompromiß - : Deutschland solle in weltoffenes Land bleiben, in dem auch Fremde sicher leben können. Das macht Mut.

Dem Parteienkompromiß kann man nicht zustimmen, wenn nicht vorher Verträge mit Polen, der CSFR und Österreich abgeschlossen sind, die sicherstellen, daß wir unsere Probleme nicht einfach auf diese Länder abwälzen. Es muß vorher klar sein, welchen Anteil an den Verfolgten wir ihnen abnehmen. Wir wollen doch kein asylfreies Land sein. Wir wollen die Zuwanderung steuern und begrenzen, nicht beenden. Das ist der Sinn des Parteitagbeschlusses.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindertem Übergang
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



"Würde jede bloße Durchreise durch ein "sicheres Drittland" genügen, käme das angesichts der geographischen Lage der Bundesrepublik gegenwärtig der Abschaffung des Asylrechts sehr nahe", so steht es im Papier der Arbeitsgruppe des Parteirates. Diesem Satz haben alle Mitglieder der Arbeitsgruppe des Parteirates zugestimmt. Das wollen wir nicht!

Es genügen also nicht parallele Verhandlungen mit diesen Ländern, es muß abgeschlossene Verträge geben. Und die tatsächliche Anwendung der Regeln der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention muß gewährleistet sein. Denn entscheidend kommt es darauf an, daß der Betroffene in dem Drittland "aus dem oder durch das er einreist vor Verfolgung geschützt ist und deshalb zu seinem Schutz nicht in der Bundesrepublik verbleiben muß."

Außerdem muß die Regelung in Ziffer 4 des neuen Artikel 16a im Grundgesetz vom Tisch, die die weitere Einschränkung des Prüfungsverfahrens bei den Gerichten bei offensichtlicher Unbegründetheit und Drittstaatenregelung möglich macht. Denn diese Regelung bedeutet eine Durchlöcherung der Rechtswegegarantie von Artikel 19 Absatz 4, die wir doch uneingeschränkt erhalten wollen.

Ohne die Beseitigung dieser beiden zentralen Bedenken kann dem Parteienkompromiß nicht zugestimmt werden. Sonst entsteht eine Situation, in der wir zwar unseren Artikel 16 des Grundgesetzes wöchentlich blank polieren können, dieser jedoch kaum in Anspruch genommen werden kann. Das jedoch ist ausdrücklich nicht der Wille des Parteitages.

Zu bemängeln ist außerdem, daß entgegen dem Willen des Parteitages

- der Begriff der politischen Verfolgung von Artikel 16.2. GG nicht durch die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention ergänzt worden ist,
- durch die bloße "Prüfung" der Möglichkeiten einer Zuwanderungsregelung das vom Bonner Parteitag der SPD geforderte Einwanderungsgesetz offen bleibt,
- die Frage der Doppelstaatsbürgerschaft und des kommunalen Wahlrechts für Ausländer ausgeklammert ist,
- die Bekämpfung der Fluchtursachen weiterhin Leerformel bleibt,
- die der Regierungskoalition in der Frage der Behandlung der Aussiedler abgehandelten Zugeständnisse zu schwach sind,
- und die seit langem zu beklagende ungerechte Verteilung der Kosten des Asylproblems zu Lasten der Länder und Kommunen ausgeklammert bleibt.

Es gibt also keinen Grund zu der durch unsere Parteiführung so stark ausgedrückten Zufriedenheit mit dieser Parteienvereinbarung.

(-/8. Dezember 1992/rs/ks)

Den Kampf gegen den Rechtsextremismus offensiv führen
Zu einer Initiative der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Von Dr. Albert Schmid MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und
Klaus Hahnzog MdL
Sprecher der bayerischen SPD-Fraktion für Rechtsfragen

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus soll nach dem Willen der bayerischen SPD-Landtagsfraktion verstärkt auch den Bayerischen Landtag beschäftigen. Ob beispielsweise im Bereich Recht und Innere Sicherheit tatsächlich - wie vom bayerischen Innenminister öffentlichkeitswirksam gefordert - neue Gesetze notwendig sind oder der entschiedene Vollzug der bestehenden Gesetze im wesentlichen ausreichen würde, das soll jetzt - so ein SPD-Antrag - der Bayerische Landtag in einer öffentlichen Expertenanhörung untersuchen. Mit einem Dringlichkeitsantrag wollen die Sozialdemokraten zudem Zeichen setzen: Die Präambel der neuen Verfassung soll um die Forderung nach "Solidarität in der einen Welt" ergänzt werden.

Die parlamentarische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die Strategien zu seiner Bekämpfung müssen alle politischen Fachbereiche einbeziehen. So wie sich die Kulturpolitiker der Fraktion jetzt mit dem Themenbereich "Rechtsradikalismus und Schule" auseinandersetzen, so muß der Landtag in einer Anhörung zu den sicherheitsrechtlichen Aspekten bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus klären, ob tatsächlich - wie von Stoiber gefordert - neue und schärfere Gesetze notwendig sind, um Straftaten und Gewaltakte aus rechtsextremen Kreisen verhindern oder besser ahnden zu können.

Im Gegensatz zum bayerischen Innenminister ist die Mehrheit seiner Ressortkollegen in den Bundesländern der Meinung, daß die bestehenden Gesetze im Kern ausreichen. Die Anhörung soll auch gemeinsam mit dem SPD-Rechtsexperten Dr. Klaus Hahnzog und dem SPD-Sprecher für Fragen der inneren Sicherheit, Professor Dr. Peter Paul Gantzer, aufzeigen, wo der Vollzug intensiviert werden muß und wo gegebenenfalls Gesetzesverschärfungen notwendig sind.

Innenminister Stoiber ist bekanntlich der Meinung, daß "Rechtssprechung und Strafverfolgung für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rechtsextremismus und Kriminalität zu sanft" seien und daß "Justiz und Polizei größere Verhandlungsspielräume erhalten" müßten. Derartig lautes Getöse um der Öffentlichkeitswirksamkeit willen und ohne fundierte Grundlage ist sehr problematisch, da Innenminister Stoiber in erster Linie Publizität sucht und mit dem Ruf nach neuen Gesetzen über viele Vollzugsdefizite hinwegtäuscht. Daß hier vieles im Argen liegt, zeigt sich an einer Reihe von echten Defiziten:

- o Warum hat die Polizei in Rostock zunächst zugeschaut, als Brandsätze in bewohnte Wohnungen geworfen wurden? Daß ist der Versuch vorsätzlichen Mordes.
- o Warum hat sich der Generalbundesanwalt erst jetzt - nach den Morden von Mölln - eingeschaltet?
- o Warum verbietet der Bundesinnenminister erst jetzt einzelne Organisationen aus dem rechtsextremistischen Bereich?
- o Warum gerät die Möglichkeit der Verwirkung einzelner Grundrechte erst jetzt in die Diskussion?
- o Warum können Publikationen rechtsextremistischen Geistes als Quelle weiterwirken und werden - zwar immer wieder, aber nur auf eine Ausgabe bezogen - lediglich beanstandet?

Diese massiven Vollzugsdefizite sollen durch die Landtags-Anhörung aufgezeigt werden. SPD-Sicherheitssprecher Peter Paul Gantzer hat dazu einen Fragenkatalog entworfen, der sich mit den Ursachen und Zielen des Rechtsextremismus ebenso auseinandersetzt wie mit der Struktur und den Mitgliederzahlen und dem kriminellen Potential der rechtsextremistischen Gruppierungen. Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme sollen dann die wirksamsten Instru-

mentarien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ausgelotet werden, wobei nach Meinung der SPD-Fraktion an erster Stelle der nachdrückliche Vollzug der bestehenden Gesetze stehen muß. Geprüft werden müssen aber auch die Möglichkeiten vorbeugender Bekämpfung, um rechtsterroristische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern, daß sich rechtsterroristische Strukturen verfestigen können, sowie die neuen Erfordernisse bei der Aufgabenverteilung in den Verfassungsschutzämtern.

Mit einem Dringlichkeitsantrag will die SPD-Fraktion Zeichen setzen: In die Präambel der neuen Verfassung soll der Wunsch des deutschen Volkes, der "Solidarität in der einen Welt" zu dienen, verankert werden. Die Präambel soll nach dem Willen der Sozialdemokraten lauten:

"Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Solidarität in der einen Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk Kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben."

Nach Grundgesetz-Artikel 20 soll folgende Ergänzung angefügt werden: "Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten. Er schützt und fördert Volksgruppen und nationale Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit."

(-/8. Dezember 1992/rs/ks)

Töpfer-Entscheidungen zu Lasten des Ostens **Zu Streichung und Umwidmung von Mitteln des Umweltbundesamtes**

Von Siegrun Klemmer MdB

Mitglied im Bundestags-Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Schlimm genug, daß Minister Töpfer ausgerechnet in seinem Umweltetat für das nächste Jahr eine überproportionale Streichung von 2,5 Prozent hilflos hinnehmen mußte. Noch schlimmer, an welcher Stelle sich diese Streichungen nun konkret auswirken. Die Mittel, die das Umweltbundesamt in Berlin, nachgeordnete Behörde des Umweltministeriums in Bonn, bisher für Umweltforschungsvorhaben zur Verfügung hatte, werden von 100 Millionen DM um ein Drittel auf nur noch 64 Millionen DM gekürzt. Die Kürzung ist ökologisch und ökonomisch fatal, dringend nötige Forschungen zur Bekämpfung immer größerer, weltweiter Umweltgefahren fallen weg. Die früher oder später (besser früher) unvermeidliche ökologisch ausgerichtete Modernisierung der Industrie wird hinausgeschoben.

Verstärkt wird dieser Effekt noch durch eine von Minister Töpfer vorgenommene Umwidmung weiterer 230 Millionen DM der Mittel des Umweltbundesamts. Bisher für neue, wegweisende Umwelttechniken vorgesehen, sollen die Mittel nun auch in Anlagenausbau mit schon vorhandener Technik fließen, insbesondere in Ostdeutschland. Gerade hier ist aber die Förderung neuer Verfahren, vorgesehen war sie für die Abfallbeseitigung und -Verarbeitung, dringend erforderlich. Töpfer verweigert also den neuen Bundesländern technischen Fortschritt, der für die Anpassung der Lebensverhältnisse von Ost- an Westdeutschland unverzichtbar ist.

Die Bundesregierung straft damit wieder mal sich selber Lügen, was drei angeblich prioritäre Ziele ihrer Politik angeht:

- Die Förderung der Umwelt, insbesondere neuer Umwelttechnologien.
- Die Förderung Ostdeutschlands, unter anderem durch Verlagerung von Behörden dorthin beziehungsweise Erhalt und Ausbau von dort bestehenden Behörden.
- Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland.

Der Glanz des einst leuchtenden Sterns unseres in Selbstdarstellung so geübten Bundesumweltministers ist längst verblaßt. Zu Mitleid besteht indessen kein Anlaß. Von Finanzminister Waigel scheinbar ohne große Gegenwehr getreten, gibt Töpfer die Tritte innerhalb seines Ministeriums auch noch an die falschesten Stellen weiter. Er sollte und muß nun langsam auch an persönliche Konsequenzen denken. Es wird ein unrühmlicher Abgang.

(-/8. Dezember 1992/rs/ks)

Soziale und ökologische Dimension des Binnenmarktes gestalten
Zum EG-Gipfel in Edinburgh

Von Heidemarie Wleczorek-Zeul MdB
Europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und
Mitglied des SPD-Parteipräsidiums

Der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament liegt ein Dokument vor, das von der britischen Regierung in Auftrag gegeben wurde und das im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates in Edinburgh die Änderung beziehungsweise Streichung wichtiger europäischer Gesetze und Gesetzgebungsvorhaben in den Bereichen Sozial- und Umweltpolitik vorsieht.

Vor allem soll die EG-Kommission aufgefordert werden, einen Richtlinienentwurf zur Teilzeitarbeit zurückzuziehen.

Ich erwarte von Kanzler Kohl, daß er in Edinburgh diesem Angriff auf die Sozial- und Umweltpolitik der Gemeinschaft entgegentritt. Die Teilzeitrichtlinie und der Umweltschutz dürfen in Edinburgh nicht zur Disposition stehen.

Wenn sich eine Mitgliederregierung schon aus dem in Maastricht vereinbarten Abkommen über die Sozialpolitik ausklinkt, darf sie nicht auch noch die gemeinsame Geschäftsgrundlage der gemeinsamen Sozialpolitik vor Maastricht in Frage stellen.

Nachdem im Binnenmarkt die grenzenlose Bewegungsfreiheit für Güter und Kapital hergestellt ist, muß im Gegenteil die soziale und ökologische Dimension des Binnenmarktes endlich gestaltet werden. Nur die Verwirklichung der Umwelt- und Sozialunion kann verhindern, daß der verschärfte Wettbewerb im Binnenmarkt auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zu Lasten der Umwelt ausgetragen wird.

Die Forderung nach Rücknahme der Teilzeitrichtlinie ist ein Angriff auf die Arbeitnehmerinnen in der Gemeinschaft. Bis heute sind es nämlich vor allem Frauen, die eine Teilzeitarbeit ausüben. Teilzeitbeschäftigte müssen ebenso wie Vollzeitbeschäftigte sozial abgesichert sein. Teilzeitarbeit darf nicht zu Altersarmut führen.

Der Binnenmarkt darf nicht zum Sozialabbau und Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen mißbraucht werden. Harmonisierung der Sozial- und Umweltgesetzgebung auf höchstmöglichem Niveau ist praktizierte Bürgernähe.

(-/8. Dezember 1992/rs/ks)

Viel Gerede, wenig Handeln
Zur aktuellen Situation in der Kinder- und Jugendpolitik

Von Wilhelm Schmidt MdB
Kinderbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion und zur Zeit Sprecher der Bundestags-
Kinderkommission

Eine Seminar-Eröffnung mit Fensterrede hier, eine Plakataktion dort; eine Talk-Show hier, eine Hochglanz-Broschüre dort - das ist die Wahrnehmung der Öffentlichkeit, wenn es um das Auftreten der drei Ministerinnen im Kabinett Kohl geht, die sich um die Kinder- und Jugendpolitik zu kümmern haben. Frau Rönsch (Familie und Senioren), Frau Dr. Merkel (Frauen und Jugend) und Frau Leutheusser-Schnarrenberger (Justiz) reklamieren ständig diesen Politik-Bereich für sich, legen sich aber offensichtlich gegenseitig lahm. Wirkungsvolle, konzeptionell durchdachte Handlungslinien sind nicht erkennbar - Kompetenz-Probleme sind vielmehr ebenso festzustellen wie mangelnde Koordinierungsfähigkeit.

Bei den gerade abgeschlossenen Haushaltsberatungen waren diese gravierenden Mängel von durchschlagender Wirkung. Was ist denn am Ende herausgekommen, um wirkungsvoll gegen die auf der Hand liegenden Probleme im Jugendbereich (mit Schwerpunkt in den ostdeutschen Bundesländern) anzugehen? "Schnellgestrickte" Sonderprogramme lösen sich ab, die die kompetenten Gesprächspartner/innen in den Verbänden und Organisationen werden kaum noch gehört. Appelle und Show-Auftritte müssen zugunsten von effizienter Arbeit aufgegeben werden. Am wichtigsten wird eine Konzentration der Kräfte auf ministerieller Ebene sein. Kohl's Kabinetts-Reform muß diesen Bereich erfassen und klare Konturen und Handlungslinien schaffen.

Als Mißachtung des Bundestages wächst sich die Nichtvorlage eines Berichts aus, den die Bundesregierung laut Parlamentsbeschluß vom November 1991 im Zusammenhang mit der Ratifizierung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes vorzulegen hatte. Sie sollte darin erläutern, wie sie die Bestimmungen der Konvention in Deutschland umzusetzen gedenkt. Das von Beginn der Diskussionen an von der Regierung "ungeliebte Kind UNO-Kinderrechte-Konvention" erfährt auf diese Weise eine zusätzliche Umsetzungs-"Bremse". Ähnlich ergeht es den Initiativen um die Verankerung von Kinderrechten in der neuen Bundesverfassung, um die Abschaffung des Züchtigungsrechts, um eine Verschärfung der Strafvorschriften zur Kinderpornographie, um die Vorlage eines Kinderberichts, um die Gestaltung eines gerechten Familienlastenausgleichs und um die Schaffung familiengerechten Wohnraums. Überall dort, wo konkretes Handeln gefragt, taucht die Ministerinnen-Riege der CDU und der FDP unter oder entpuppt sich als wirkungslos.

(-/8. Dezember 1992/rs/ks)
